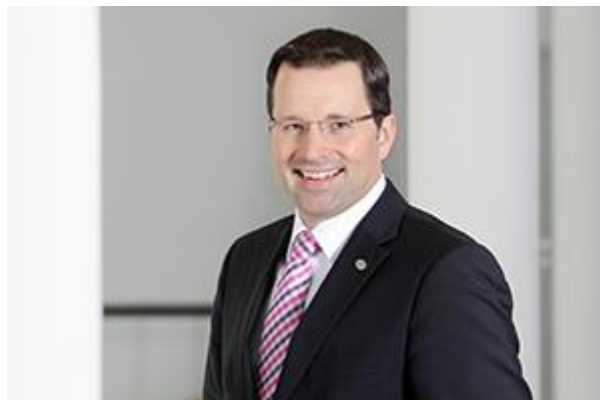


Chancenvernichtung statt Wahlfreiheit für Niedersachsens Schüler



Ersatzlose Streichung von Förderschulen, Abkehr vom Leistungsgedanken und die Schaffung eines Einheitsschulsystems durch die Fixierung auf die Gesamtschule: Der im November 2014 vorgelegte Schulgesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung sorgt für große Unruhe bei Eltern, Schülern, Lehrern und Bildungsverbänden in Niedersachsen. Völlig zu Recht, denn Schüler mit Unterstützungsbedarf in den Bereichen Lernen oder Sprache werden nach aktuellem Stand bald keine spezialisierten Förderschulen mehr besuchen können, während die Gesamtschulen künftig alle anderen weiterführenden Schulformen ersetzen können – das schränkt die Wahlmöglichkeit für Eltern und ihre Kinder hinsichtlich der Schulform erheblich ein. Obwohl Lehrer, Schüler und Eltern seit Monaten gegen die Pläne der Landesregierung Sturm laufen, wurde der Schulgesetzentwurf im Februar-Plenum durch Rot-Grün in den Landtag eingebracht.

“Ministerin Heiligenstadt gefährdet mit dem Gesetz alle bestehenden Schulformen abseits der Gesamtschule. Das gilt für Gymnasien, Oberschulen, Hauptschulen und Realschulen gleichermaßen. So wird in kürzester Zeit ein Einheitsschulsystem entstehen, in dem individuelle Leistungen nicht mehr honoriert werden.



Den Eltern auf diese Weise jede Wahlmöglichkeit für den Bildungsweg ihrer Kinder zu entziehen, ist der falsche Weg“, sagt der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried. Ein weiteres großes Loch in die Vielfalt der Bildungslandschaft reiße Rot-Grün durch die im Gesetzentwurf vorgesehene Abschaffung der Förderschulen Sprache und Lernen, kritisiert Seefried. „Anstatt die Startphase der inklusiven Schule abzuwarten und bei Problemen angemessen nachzusteuern, macht die Ministerin hier den zweiten Schritt vor dem ersten und verwehrt vielen Kindern mit Unterstützungsbedarf den Weg zu einer spezialisierten Förderschule.“

Auch bei den Gymnasien hinterlässt der neue Schulgesetzentwurf mehr Fragen als Antworten. „Für die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren fehlt jeglicher Plan. Die Kultusministerin konnte bisher kein Konzept vorlegen, wie der Wechsel zu G9 erfolgen soll. Insbesondere bleibt sie eine Antwort schuldig, welche Optionen leistungsstarke Schüler in diesem Modell haben werden“, kritisiert Seefried. Die CDU-Landtagsfraktion hingegen hat bereits im Mai 2014 mit ihrem Konzept „**Im eigenen Tempo zum Abitur**“ einen praktikablen Lösungsansatz vorgestellt.

Darüber hinaus plant Rot-Grün, im Zuge der Schulgesetzänderung die Schullaufbahnpflicht im Anschluss an den 4. Schuljahrgang der Grundschule abzuschaffen. „Den Eltern wird eine wichtige Orientierungsgrundlage im Hinblick auf den Leistungsstand ihrer Kinder genommen. Die Wahl der passenden weiterführenden Schulform wird ihnen so erschwert“, sagt Seefried. „Daher lehnen wir die Abschaffung der Schullaufbahnpflicht ebenso ab, wie die perspektivisch von Rot-Grün geplante vollständige Abschaffung der Zeugnisnoten in der Grundschule“, betont der CDU-Schulpolitiker.

„Rot-Grün nimmt keinerlei Rücksicht auf den Willen der Eltern und die Bedürfnisse der Kinder – und zwar unabhängig davon, ob diese eine spezielle Förderung benötigen oder aufgrund guter Leistungen Ansporn und inhaltliche Anreize einfordern. Mit diesem unausgegorenen ‚Chancen-Vernichtungs-Gesetz‘ wird die Kultusministerin scheitern“, so Seefried